

des ursprünglich lustbetonten Charakters der Handlung führt.

## Abstinenz als Leistung neu würdigen

Das Symptom beherrscht allmählich das ganze Denken und Fühlen des Menschen und läßt andere Erlebnisbereiche und soziale Bezüge an den Rand treten – eine Entwicklung, die der Abhängigkeit von stofflichen Drogen vergleichbar ist. Wie der Alkoholiker ist auch der Spieler immer weniger in der Lage, den Konsum, also Spieldauer und Umfang, zu bestimmen. Er muß seinen Einsatz von Mal zu Mal steigern und erliegt jeder, auch der kleinsten Versuchung zum Spiel. Bei gewollter oder erzwungener Enthaltung können Abstinenzerscheinungen wie Zittern, Schwitzen, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit oder depressive Verstimmung auftreten. Die *psycho sozialen Störungen* führen in der Regel zur Trennung vom Partner, zum Verlust der Familie und des Arbeitsplatzes; es kommt zum Abgleiten in dissoziale Verhaltensweisen, zu Beschaffungskriminalität und Gefängnisaufenthalt.

Es fehlte auf dieser Tagung nicht an Vorwürfen an die Adresse der Industrie, der Medien und auch der Politiker. Am schärfsten formulierte diese Kritik Josef Eisenburg. Unsere Gesellschaft sei anfälliger geworden für süchtiges Verhalten, stellte er fest; dies liege zum Teil auch an der veränderten Angebotsituation – „wobei nicht selten die Medien oft infantile illusionäre Befriedigungsmuster hochstilisieren und dabei unterschwellig prägenden Vorbildcharakter ausüben“. Es gelte das Bewußtsein dafür zu schärfen, forderte der Arzt, daß alkoholische Getränke zwar nicht zu verteufeln seien, daß der Umgang mit ihnen aber *Verantwortung* und *Disziplin* voraussetze. Abstinenz als Leistung sollte wieder mehr gewürdigt werden. „Solange Trinken und Rauchen als Zeichen von Männlichkeit und ‚Verhalten von Welt‘ gilt und solange Alkoholstimulation ein unverzichtbarer Be-

standteil jeder Art von Geselligkeit ist, wird uns diese Form der Sucht ebenso weiterbegleiten, wie wir im Kampf gegen Drogen so lange auf der Verliererseite stehen werden, solange eine demokratische Gesellschaft nicht den Mut hat, grenzüberschreitend die primär Verantwortlichen zu bestrafen“, betonte Eisenburg. Er geißelte dabei auch die Tendenz von „vielfach fachlich inkompetenten politischen Mandatsträgern unserer derzeitigen Demokratie“, den heute üblichen „destruktiven Liberalismus“ zu diesen Themen mitzutragen.

## Gelassenheit auch in Sinnkrisen

Die beiden letzten Referenten, der Philosoph *Otfried Höffe* (Fribourg) und der Moralthologe *Hans Kramer* (Bochum), mochten angesichts des düsteren Befundes nicht mit wohlfeilen Rezepten aus der Schatztruhe der Metaphysik aufwarten. So warb der Philosoph für mehr Lebenskunst, forderte zur Gelassenheit auf, die auch mit Sinnkrisen zu leben versteht – schließlich seien sie ein Zeichen von Leben und Menschlichkeit. Dem überwiegend älteren Publikum empfahl er, die Sache auch einmal von der anderen Seite her zu betrachten: Wir erlebten derzeit nicht nur einen Sinnverlust, sagte Höffe unter Hinweis auf Odo Marquards „Apologie der Vielfalt“, sondern auch einen bisher unbekanntem Reichtum an Möglichkeiten für ein sinnerfülltes Leben.

Der Theologe Kramer ermunterte die Christen u. a. dazu, ihre Freiheitschance aktiv zu ergreifen, um so den Nötigungen der Sucht zu entgehen. Die authentische Erfahrung der Welt zu machen, sei hierbei die erste Tugend, die zweite, die eigene Vitalität zu kennen (und zu „können“). Wer nicht wisse, mit welchem Aktiv- und Passivpotential er ausgerüstet sei, erklärte Kramer, bleibe seinen Vitalkräften zumindest periodisch ausgeliefert und auch den manipulierenden anderen, „die ihn bei den Sinnen packen“.

*Helene Maria Reischl*

## Kurzinformationen

**Der von der Sondersynode von 1985 angeregte „Weltkatechismus“ soll 1990 veröffentlicht werden.**

Das gab Kardinal *Joseph Ratzinger*, der Präfekt der Glaubenskongregation zu Beginn der Arbeiten der siebten ordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode (vgl. ds. Heft, S. 521) bekannt. Ratzinger, der Vorsitzender der von Johannes Paul II. im Juni 1986 berufenen *Katechismuskommission* ist, legte einen Überblick zum bisherigen Gang der Arbeit am Katechismus vor: Bei der ersten Kommissionssitzung im November 1986 wurde beschlossen, daß sich der Aufbau des Katechismus am klassischen Schema orientieren soll: Glaubenswahrheiten, Sakramente, Gebote. Der „Weltkatechismus“ soll als „Nach-

schlagewerk“ für nationale und diözesane Katechismendien; er richte sich in erster Linie an die Bischöfe als Lehrer des Glaubens. Das Ganze, so die Intention der Kommission, soll so formuliert sein, daß es die grundlegenden Kapitel des Glaubens in eine sprachliche Form faßt, die leicht auswendig gelernt werden kann. Die zweite Sitzung der Katechismuskommission fand im Mai dieses Jahres statt. Ihr lag ein von der siebenköpfigen bischöflichen *Redaktionskommission* erstelltes *Schema* des Katechismus-Textes zur Beurteilung vor. Folgende Grundlinien wurden bei dieser Sitzung für die weitere Arbeit am Text herausgestellt: Die Inhalte müßten kürzer und einfacher gefaßt werden; das kulturelle Umfeld und die Tradition der Ostkirchen sei stärker zu berücksichtigen.

sichtigen; es wäre sinnvoll, häufiger traditionelle Begriffe der Kirche zu verwenden; theologische Meinungen und methodologisch-didaktische Anwendungen sollten möglichst vermieden werden. Die Redaktionskommission arbeitet derzeit an der *Revision* ihres Schemas gemäß den von der Katechismuskommission vorgegebenen Leitlinien. Bis zum Dezember soll eine erste Fassung des Katechismus vorliegen, die dann vom Beraterkollegium (ihm gehören etwa 40 Experten an, die von den Kommissionsmitgliedern vorgeschlagen wurden; die Namen dieser Experten wurden bisher nicht bekanntgegeben) geprüft werden wird. Die nächste Sitzung der Kommission ist für Mai 1988 vorgesehen; die beabsichtigte Konsultation der Bischöfe, der Bischofskonferenzen, der katechetischen Institute und Theologischen Fakultäten kann dann vermutlich Anfang 1989 erfolgen. Den Text des Katechismus will die Kommission der achten ordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode im Herbst 1990 vorlegen.

#### **Der Heilige Stuhl ernennt einen Apostolischen Visitator für die Priesterbruderschaft St. Pius X.**

Nachdem entsprechende Gerüchte schon seit geraumer Zeit kursierten und der Heilige Stuhl zunächst nur über Pläne dieser Art informiert hatte, fand dieser Schritt seine Bestätigung im Zusammenhang eines Treffens zwischen dem Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger*, und Erzbischof *Marcel Lefebvre* am 17. Oktober in Rom. In einem im Anschluß an das Treffen veröffentlichten Kommuniqué des Heiligen Stuhls heißt es, das Gespräch habe in einem „Klima der Gemeinschaft“ stattgefunden. Lefebvre habe die Ernennung eines Apostolischen Visitators akzeptiert. Dieser werde die Aufgabe haben, Informationen zu einer kirchenrechtlichen Regelung der Verhältnisse der Priesterbruderschaft einzuholen. Über die Ergebnisse seiner Arbeit werde der Visitator direkt dem Papst berichten. Für den weiteren Verlauf der Visitation sei Verschwiegenheit vereinbart worden. Der Name des Apostolischen Visitators wurde nicht genannt. Ebenso enthält das Kommuniqué keine Angaben darüber, ob im entscheidenden Punkte (d. h. der Anerkennung aller Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils) von einer der beiden Seiten irgendwelche Zugeständnisse gemacht worden sind oder ob diese Fragen als Vorbedingungen auf dem Weg zu einer Einigung bewußt ausgeklammert wurden. Gleichfalls nicht erwähnt wird die 1976 von Paul VI. gegen Erzbischof Lefebvre verhängte Amtsenthebung („*Suspensio a divinis*“) – in dem Kommuniqué wird er als „hochwürdigster Prälat“ apostrophiert. Trotz dem mit dieser Kirchenstrafe verbundenem Verbot, seine Amtsgewalt als Bischof auszuüben, weihte Lefebvre auch danach Priester, die in Priesterseminaren der von ihm gegründeten Priesterbruderschaft ausgebildet wurden. Der Priesterbruderschaft steht seit einigen Jahren der Deutsche *Franz Schmidberger* vor.

#### **Vom 11. bis 16. Oktober fand in Venedig die sechste theologische Gesprächsrunde zwischen Vertretern der katholischen und der russisch-orthodoxen Kirche statt.**

Die *fünfte Gesprächsrunde* liegt sieben Jahre zurück: Im Frühjahr 1980 trafen sich die Delegationen der beiden Kirchen in Odessa und behandelten bei ihren Gesprächen vor allem die Frage nach dem Verhältnis von Ortskirche und Universalkirche. Im selben Jahr begann der offizielle theologische Dialog zwischen Rom und der Orthodoxie, der sich seither mit ekklesiologischen Problemen beschäftigt. Aus diesem Grund, so das Kommuniqué zur Gesprächsrunde von Venedig, habe man diesmal die ekklesiologischen Fragen ausgeklammert und sich auf das Thema „Die diakonische Funktion in der Kirche, mit besonderer Berücksichtigung des Dienstes am Frieden“ konzentriert. Nach den einleitenden Bemerkungen der beiden Delegationsleiter (Kardinal *Willebrands* und Metropolit *Philaret* von Kiew und Galizien) wurden in Venedig je ein orthodoxes und ein katholisches Referat zu den Themen „Die diakonische Funktion der Kirche“ und „Die kirchliche Gemeinschaft als Dienst am Frieden“ gehalten (katholische Referenten waren die beiden französischen Theologen *Jean-Yves Calvez* und *René Coste*). Das Kommuniqué (*Osservatore Romano*, 18. 10. 87) hält fest, die Delegationen hätten die Positionen ihrer Kirchen zur *Frage der nuklearen Abrüstung* diskutiert. Dabei sei eine große Übereinstimmung bezüglich der Grundsätze zutage getreten: „Der Einsatz von Nuklearwaffen – und aller anderen Waffen, die massenhafte Zerstörungen verursachen – widerspricht unzweifelhaft den Prinzipien der christlichen Moral. Ein solcher Einsatz ist zu verurteilen. Auch der Besitz solcher Waffen als Abschreckungsmittel muß als vorläufige Lösung betrachtet werden, die die Verpflichtung zur schrittweisen Verminderung dieser Waffen bis hin zu ihrer völligen Abschaffung mit sich führt.“ Bezüglich der Bewertung einzelner politischer und militärischer Vorschläge für die Anwendung dieser Grundsätze gab es dem Kommuniqué zufolge allerdings Meinungsverschiedenheiten. Einig sei man sich über die „moralische Notwendigkeit einer friedlichen Nutzung des Weltraums“ gewesen. Die russischen Delegierten sprachen in Venedig auch die gegenwärtigen Veränderungen in der Sowjetunion an: Sie drückten die Hoffnung aus, der Prozeß der „Perestrojka“ könne zur Verstärkung des Vertrauens zwischen den Nationen beitragen.

#### **Die christlichen Kirchen in Großbritannien sollen über die bisherige Zusammenarbeit hinaus Schritte auf dem Weg zur Einheit unternehmen.**

Mit diesem Appell an die Kirchen ging eine Anfang September in Swanwick abgehaltene *ökumenische Konferenz* zu Ende. Dreihundertfünfzig Kirchenvertreter kamen zu diesem Treffen zusammen, dem eine längere Vorbereitungsphase vorausgegangen war. Unter dem Leitwort „Nicht Fremde, sondern Pilger“ hatten Konsultationen

zwischen den Kirchen und drei regionale Vorbereitungstreffen stattgefunden. Dieser ökumenische Prozeß soll zu einer verbindlicheren Gemeinschaft der Kirchen in Großbritannien führen; an die Stelle des bestehenden „Britischen Kirchenrats“, dem die katholische Kirche nicht angehört, soll eine *neue ökumenische Dachorganisation* treten, über deren genauere Ausgestaltung zwar erst zu sprechen sein wird, an der sich die katholische Kirche aber beteiligen will. Das brachte der Erzbischof von Westminster, Kardinal *Basil Hume*, bei dem Treffen in Swanwick zum Ausdruck: Die katholische Kirche, so der Kardinal, gehe von der bisherigen Zusammenarbeit mit den anderen Kirchen weiter zur Verpflichtung, sich mit ihnen zusammen um die volle kirchliche Gemeinschaft zu bemühen. Erzbischof *Robert Runcie* von Canterbury nannte die Erklärung des Kardinals ein „historisches Ereignis“. Die Teilnehmer der Konferenz von Swanwick verabschiedeten eine Erklärung, in der es heißt: „Von unseren Kirchen beauftragt und unter der Führung des Heiligen Geistes erklären wir, daß diese Versammlung der britischen und irischen Kirchen, die umfassendste, die es auf diesen Inseln je gegeben hat, zu einer Übereinstimmung gefunden hat.“ Es sei der Wille aller Delegierten, so die Erklärung, zur einen, im Glauben geeinten Kirche Christi zu werden. Sie bekräftigen ihre „Offenheit für die wachsende Einheit, im Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes, damit wir diejenigen Gaben vollständig gemeinsam haben, miteinander teilen und der Welt anbieten können, die wir empfangen haben, aber noch getrennt voneinander besitzen.“

**Mit „Evangelisierung in Europa“ beschäftigte sich die Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen Ende September in Wien.**

Den schillernden Begriff der Evangelisierung, den auch die Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils und das Apostolische Schreiben „*Evangelii nuntiandi*“ Pauls VI. in unterschiedlichem Sinn verwenden, erarbeiteten die über 100 Teilnehmer von den konkreten Lebensbereichen her: den Arbeitnehmern, den Landbewohnern, den Künstlern, den geistlichen Berufen, den Ausländern, den Behinderten, den Politikern, den Frauen, aus der Welt der Esoterik, der Naturwissenschaften, der Medien, der Touristik, des Managements. In seinen soziologischen Anmerkungen zu den gesellschaftlichen Bedingungen für die Evangelisierung hob *Karl Gabriel* von der Katholischen Fachhochschule Vechta hervor, daß diese von der Kirche eine „konsequente Freigabe des Glaubens“ verlangen, in dem Sinn, daß „ein Glaube, der den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen entspreche, nicht ein kirchlich kontrollierbarer Glaube“ sei. Dieser befreite Glaube brauche allerdings zur Begleitung und Unterstützung die Kirche. Die „Option für diejenigen, die durch ihre Machtlosigkeit, ihre Armut, ihren Mangel an Bildung und Handlungsfähigkeit aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden“, nannte Gabriel als Kennzeichen für jene Christen, die sich auf die Moderne

einlassen; in diesem Punkt würden sich die Erwartungen der kirchennahen und kirchenfernen Christen treffen. Es bestehe die Gefahr, daß sich die Kirche unter Hinweis auf die Säkularisierung der Gesellschaft den aktuellen Herausforderungen entziehe. Christen hätten nur dann auf künftige gesellschaftliche Entwicklungen Einfluß, wenn sie nicht in Reservaten traditionaler Lebensführung auf das Scheitern der Moderne warteten, sie sollten aber auch die Moderne nicht überholen wollen, ohne sich auf deren Grundelemente eingelassen zu haben. Die Perspektive des Überholens könne diesem Einlassen aber die nötige kritische Distanz verleihen. In dem als gemeinsamen Prozeß angelegten Tagungsverlauf wurden vor allem auch die Erfahrungen der Tagungsteilnehmer, die in verschiedenen Bereichen tätig sind, fruchtbar gemacht. So ergaben sich als *gemeinsame Kriterien* für die Evangelisierung in komplexen, spätindustriellen Gesellschaften: die Ausrichtung an den konkreten Menschen, die Achtung vor dem Subjektsein des anderen und die Verdeutlichung der lebensfördernden Aspekte des Glaubens.

**In Griechenland soll eine Gemischte Kommission Lösungen für die zwischen Staat und Kirche strittigen Fragen suchen.**

Dies ist das Ergebnis eines Treffens zwischen Ministerpräsident *Andreas Papandreou* und dem Erzbischof von Athen und ganz Griechenland *Seraphim*, das am 17. September stattfand. Zu der zwischen Staat und Kirche gespannten Lage war es vor allem wegen eines Gesetzes gekommen, mit dem ein erheblicher Teil des Kirchenbesitzes verstaatlicht werden soll (vgl. HK, Juni 1987, 265 f.). Aufgabe der Gemischten Kommission soll es sein, innerhalb von drei Monaten einen Bericht über die Lage sowie die anstehenden Probleme in den Beziehungen von Staat und Kirche zu erarbeiten. Papandreou soll u. a. dabei erklärt haben, das Enteignungsgesetz vom April dieses Jahres habe zum Ziel gehabt, in der seit Jahren ungeklärten Frage des Kirchenbesitzes zu einer Lösung zu kommen. Daß daraus eine politische Auseinandersetzung entstanden sei, bedaure er. Zu dem Gespräch wurde schließlich auch der zuständige Ressortminister, Erziehungsminister *Antonis Tritsis*, hinzugezogen, dessen Teilnahme zunächst strittig gewesen war. Die Ausgangsposition hat sich in den letzten Monaten für die Kirche eher verbessert: Durch einen durch die orthodoxe Kirchenleitung erwirkten Beschluß des Staatsrates, des obersten griechischen Verfassungsgerichts, wurde die Inkraftsetzung des Verstaatlichungsgesetzes ausgesetzt, bis der Oberste Gerichtshof über dessen Verfassungsgemäßheit befunden hat. Erziehungsminister Tritsis hatte zuvor den umstrittensten Gesetzespassus zurückgezogen – die Kontrolle der Kirchenfinanzen durch ein mehrheitlich von Regierungsvertretern besetztes Gremium. Die Heilige Synode exkommunizierte – auf zwei Jahre befristet – unterdessen die Mitglieder des vom Staat eingesetzten Rates zur Verwaltung des kirchlichen Vermögens.